No. 107. Karlsruhe, Mittwoch den 8. Mai 1918. 38. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postschalter monatl. 1,20 ℳ, ¼jährl. 3,60 ℳ. Zugestellt durch unsere Träger 1,20 bezw. 3,60 ℳ; durch die Post 1,24 ℳ bezw. 3,72 ℳ; durch die Feldpost 1,25 ℳ bezw. 3,60 ℳ, vorauszahlbar.

Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftszeit: ½8—½1 u. 2—½6 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelzeile od. deren Raum 20 ₰. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme ½9 Uhr vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geck & Cie., Karlsruhe.

Die Vereinfachung der Staatsverwaltung.

Aus Beamtenkreisen schreibt man uns:

Zu den Aufgaben, mit denen sich die Landstände während ihrer heuerigen Tagung nach beschäftigen sollen, gehört auch die Frage der Vereinfachung der Staatsverwaltung. Seit 1908 vergeht kein Landtag ohne daß diese Angelegenheit wenigstens gestreift wird. Ob die bevorstehenden Verhandlungen aber besonders eingehende sein werden, kann füglich bezweifelt werden, obwohl die Sache nachgerade eine dringliche geworden ist. Aber bei dem vielen vorhandenen Beratungsstoff wird der Landtag zu einer gründlichen Behandlung nicht mehr kommen können, es sei denn die Tagung wird bis in den tiefen Sommer hinein fortgesetzt. Trotzdem aber eben deshalb sollen an dieser Stelle einige Ausführungen zum allgemeinen Nutzen und Frommen hierzu gemacht werden.

Angeregt wurde die Vereinfachung der Staatsverwaltung s. Zt. durch ein Schreiben des Vorsitzenden der Budgetkommission der Zweiten Kammer vom 20. 2. 1908 an den Staatsminister und einen Antrag der Ersten Kammer vom 14. 7. 08 nach Vereinfachung der Organisation und des Verfahrens der Staatsverwaltung. Die Regierung unterzog die Frage auch einer Prüfung; zu einer zusammenfassenden Behandlung sollte es aber erst auf dem Landtag von 1913/14 kommen. Auf diesem Landtag kam die von der Regierung vorgelegte „Denkschrift über die Vereinfachung der Staatsverwaltung" zur Behandlung. Die teilweise recht umfangreichen Arbeiten des Justiz- und Kultusministeriums sowie des Ministeriums des Innern beschränken sich — kurz gesagt — aber mehr darauf, darzulegen wie die Verhältnisse liegen und sie reden auch keinen besonders einschneidenden Aenderungen oder Einsparungen das Wort. Anders schon ist es mit der Denkschrift des Finanzministeriums und zwar sowohl für die Finanz- als auch Eisenbahnabteilung. Besonders bei letzterer sollen durch eine Aenderung der Organisation und eine andere Art der Verwendung des Personals umfassende Einsparungen erzielt werden. Neben der Regierungsdenkschrift lagen den Landständen nach Darlegungen einiger Beamtenvereine vor.

Die Regierungsmaßnahmen zur Vereinfachung der Staatsverwaltung erstrecken sich neben der im Worte liegenden Tätigkeit besonders auf Ersparungen durch Aufhebung und Zusammenlegung von Behörden und Versetzung von Dienst- und Beamtenstellen in niedere Klassen. Besonders scharf tritt dies wieder im Bereich des Finanzministeriums hervor, wo bei der Eisenbahnverwaltung Ersparnisse von rund 3 Millionen herausgerechnet werden. Selbstverständlich treten diese Ersparnisse aber nicht sofort in Wirkung. Sie brauchen da, wo es sich z. B. um Ersatz durch billigere Arbeitskräfte handelt, viele Jahre. Abgeschlossen war mit der Regierungsdenkschrift die Angelegenheit aber nicht. Immer wieder kam die Vereinfachung der Staatsverwaltung zur Sprache und ihre restlose, befriedigende Lösung wird eine der nächsten Aufgaben der Regierung sein. Denn es kann darüber kein Zweifel bestehen, daß das Bisherige nur als Versuch, aber nicht als Lösung zu betrachten ist. Die Fachpresse war sich auch von vornherein klar darüber und hat auch dem alsbald Ausdruck gegeben.

Nun ist auf dem jetzigen Landtag bei der Beratung der einzelnen Abteilungen des Staatsvoranschlags die Frage der Vereinfachung der Staatsverwaltung wiederholt z. B. bei den Notariaten und Grundbuchämtern gestreift worden. Auch der „Volksfreund" hat u. a. die Aufhebung der Landeskommissariate neben sonstigen Vereinfachungen gefordert. Weiter hat der Architekten- und Ingenieurverein diese Frage in einer Eingabe an die Landstände gestreift, die sich mit der Stellung der Techniker in Gemeinde und Staat befaßt. Von Regierungsseite ist die Notwendigkeit der Vereinfachung auch wieder betont worden. Die bevorstehenden Verhandlungen der Landstände können deshalb recht bemerkenswert werden und wir wünschen, daß etwas Ersprießliches dabei herauskommen möge. Wenn dies aber der Fall sein soll, so müssen die Landstände neben der Forderung nach weitgehendster Vereinfachung vornehmlich darauf bestehen, daß diesmal die Personalreform nicht von der Mitte nach unten, sondern organisch und systematisch von oben nach unten betätigt und durchgeführt wird.

Da auch für die kommende Neuorganisation der Staatsverwaltung die Eisenbahn wieder die Hauptbeteiligte sein wird, soll hier an Hand einiger Beispiele die Notwendigkeit der aufgestellten Forderung bewiesen werden. In den öffentlichen Verhandlungen der Zweiten Kammer ist verschiedentlich darauf hingewiesen worden, daß die badische Eisenbahnverwaltung im Vergleich zu anderen Verwaltungen zu viel obere Beamte hat. Diese oberen Beamten sind es aber, die den Staat das Geld kosten. Es stand im „Volksfreund" vor nicht zu langer Zeit ein kleiner Aufsatz, der sich mit den Lokomotiv- und Werkstätteverhältnissen befaßte. Der im ganzen zutreffende Artikel unterließ aber u. a. die Feststellung, daß Baden etwa 38—40 Lokomotivgattungen besitzt. Das ist doch reichlich viel für ein verhältnismäßig so kleines Bahnnetz wie das in Baden. Diese feststehende Tatsache kann aber wohl nur dadurch erklärt werden, daß die Maschinentechniker der Generaldirektion teilweise unter nicht genügender Berücksichtigung des Kostenpunktes sich viel mehr als erwünscht der Lokomotivkonstruktion widmen. Das kostet aber ein teueres Geld, das als hinausgeworfen betrachtet werden muß, wenn die Neukonstruktion versagt. Die dadurch verlorenen Gelder können dabei in die Hunderttausende gehen. Als Merkwürdigkeit soll hier auch erwähnt werden, daß die badische Eisenbahnverwaltung unseres Wissens unter allen deutschen Eisenbahnverwaltungen allein ein besonderes Brückenbaubüro besitzt. Derartiges erscheint aber doch zu weitgehend. Es wäre nicht übertrieben, wenn man hier von einer gewissen „Großmannssucht" reden wollte.

Auf dem Gebiete des Signalwesens scheinen die Dinge ähnlich zu liegen. Ein Vergleich zwischen badischen und Signalen anderer deutscher Eisenbahnen kann auch den Nichtfachmann davon überzeugen. Dies alles spricht dafür, die Zahl der oberen Beamten auf das Notwendigste zu beschränken. Alles andere ergibt sich dann von selbst. Denn wenn ihre Zahl auf das richtige Maß zurückgeführt ist, fallen mit den oberen Beamten alle seine Hilfskräfte als da sind: Bausekretäre, Zeichner, Schreiber usw. von selbst weg. Was hier vom technischen Teil gesagt ist, gilt auch vom nichttechnischen. Auch hier fallen mit jedem eingesparten Referenten, Dezernenten, Inspektionsbeamten und wie sie alle heißen mögen, wohl einige Hilfskräfte weg. Umgekehrt bedingt jede neue obere Beamtenstelle in der Regel auch die Schaffung einiger Stellen für Hilfskräfte. Denn der Inhaber einer einmal geschaffenen oberen Beamtenstelle sucht in der Regel sein Geschäft „auszubauen." Dabei geht es manchmal etwas komisch her. Wir wollen aber nicht aus der Schule plaudern. Zur Vermeidung von Mißverständnissen sei gesagt, daß wir damit keinem der Herren zu nahe treten wollen. Unsere Ausführungen richten sich nicht gegen den Beamten, sondern gegen das System. Den technischen Beamten wünschen wir insbesondere bei ihren Bestrebungen nach Gleichberechtigung und Gleichstellung mit den übrigen oberen Beamten allen Erfolg.

Die „Großmannssucht," die wir eben bei der Eisenbahnverwaltung gestreift haben, besteht aber nach unserem Dafürhalten auch bei der übrigen Staatsverwaltung. Ein derart kleiner Staat wie Baden wird in der kommenden, zur strengsten Sparsamkeit mahnenden Zeit auf manche alte, liebe Einrichtung verzichten müssen. Der Fall der Landeskommissariate steht in Aussicht, obwohl die Denkschrift vom Jahre 1912 noch einen entgegengesetzten Standpunkt einnimmt. Und ähnlich wird es auf manch anderen Gebieten sein. Am Anfang war die Tat!

Friede mit Rumänien.

Bukarest, 7. Mai. (WTB. Amtlich.) Der Friedensvertrag mit Rumänien ist heute um 11 Uhr vormittags von den Bevollmächtigten der 4 verbündeten Mächte unterzeichnet worden. Die feierliche Schlußsitzung, in welcher die Unterzeichnung erfolgte, fand unter dem Vorsitze des Staatssekretärs v. Kühlemann in Cotroceni, und zwar in demselben Raume statt, in dem seinerzeit der Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg beschlossen wurde. Der Frieden wird den Namen „Frieden von Bukarest" führen.

Der Wortlaut des Vertrags wird alsbald veröffentlicht werden.

Bukarest, 7. Mai. (WTB. Nicht amtlich.) Die Verhandlungen in Bukarest waren am Abend des 6. Mai zum endgültigen Abschluß gelangt, sodaß die Unterzeichnung des gesamten Vertragswerks für den Vormittag des 7. Mai angesetzt werden konnte.

Am Vorabend hatte der Generalfeldmarschall v. Mackensen alle hier anwesenden Delegierten zu einem Mahl eingeladen, an dem auch der Ministerpräsident Marghiloman und der Minister des Aeußern, Arion, sowie die übrigen rumänischen Unterhändler teilnahmen. Der Generalfeldmarschall feierte in einer Ansprache die Bedeutung der geleisteten staatsmännischen Arbeit und beglückwünschte die Bevollmächtigten zu dem erzielten schönen Erfolg, indem er hervorhob, daß mit dem rumänischen Frieden der Krieg im Osten seinen Abschluß gefunden habe. Zugleich verlieh er der Hoffnung Ausdruck, daß Rumänien auf der Grundlage dieses Friedens einer glücklichen Zukunft entgegengehen werde, und schloß mit der Aufforderung an die Anwesenden, auf das Blühen und Gedeihen und die Freundschaft ihrer Heimatländer zu trinken.

*

* Man muß sagen, Rumänien ist mit seiner verunglückten kriegerischen Aktion gut weggekommen. Der Wille des Siegers läßt ihm seine wirtschaftliche und politische Freiheit. Mehr kann es nach dem, was geschehen ist, wirklich nicht verlangen. Auch die Schwierigkeiten, die sich zwischen Bulgarien und der Türkei ergeben hatten, sind inzwischen beseitigt worden. Die südliche Hälfte der Dobrudscha soll Bulgarien zugesprochen werden, da Bulgarien dieses von Bulgaren bevölkerte Gebiet vor dem Balkankrieg besessen at und aus der nördlichen Hälfte soll ein Kondominium der vier Mittelmächte errichtet werden. Die bessarabische sowie die dynastische Frage wird als eigene Angelegenheit Rumäniens behandelt.

Deutschland hat durch den Vertrag wesentliche wirtschaftliche Vorteile errungen. Neben der Getreidefrage ist für uns die Befriedigung des Petroleumbedarfes von größter Wichtigkeit, um in Zukunft nicht mehr lediglich auf Amerika und den guten Willen Rockefellers angewiesen zu sein. Durch Verträge sind uns der Ueberschuß an Getreide und das rumänische Petroleum auf lange hinaus gesichert.

Wir begrüßen diesen Frieden mit dem rumänischen Volke, das den Ostfrieden zu einem gewissen Abschluß bringt, auf dem Papier wenigstens. Wir hoffen aber, daß sich die Verhältnisse in den östlichen Ländern bald derart klären, daß von einem wirklichen und dauerhaften Frieden gesprochen werden kann.

Kurz vor Redaktionsschluß ist der Wortlaut des Friedensvertrages noch eingelaufen. Wir werden das Wesentliche aus demselben am Freitag nachtragen.

Kriegsnachrichten.

Deutscher Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 7. Mai. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. An den Kampffronten war die Artillerietätigkeit in den Morgenstunden lebhaft, tagsüber blieb sie meist gering.

Auf dem Norduser der Lys scheiterten Vorstöße englischer Kompagnien. Zwischen Ancre und Somme setzte der Feind Australier zu nächtlichem Angriff an. Beiderseits der Straße Corbie-Bray konnten sie unsere vordere Linie erreichen; im übrigen brach ihr zweimaliger Ansturm schon vor unseren Posten verlustreich zusammen. Der Artilleriekampf hielt hier bis Tagesanbruch in großer Stärke an.

Südlich vom Brimont stießen Sturmabteilungen über den Aisne-Kanal in die feindliche Stellung bei Courcy vor und brachten Gefangene zurück.

An der übrigen Front vereinzelte Vorfeldkämpfe.

Osten. In den Hafenanlagen von Mariupol wurden wir durch russische Schiffe beschossen.

Mazedonische Front. Starke englische Abteilungen griffen gestern abend bulgarische Stellungen südlich vom Doiransee an. Sie wurden abgewiesen.

Asiatischer Kriegsschauplatz: Der Vorstoß englischer Brigaden von Jericho aus über den Jordan nach Osten und Nordosten ist zum Scheitern gebracht worden. Nach erbitterten fünftägigen Kämpfen wurde der Feind in seine Ausgangsstellungen zurückgeworfen. Teile deutscher Truppen haben sich hierbei an Seiten ihrer türkischen Kameraden hervorgetan. Die den Engländern abgenommene Beute ist erheblich.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Oesterreich-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 7. Mai. (WTB. Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart:

Südwestlicher Kriegsschauplatz. Infolge ungünstiger Witterung ist das Artilleriefeuer abgeflaut.

Der Chef des Generalstabs.

Kein Friedensanerbieten.

WTB. **Bern,** 7. Mai. (Nicht amtlich.) Die ganze französische Presse beschäftigt sich mit der angeblichen Friedensoffensive der Mittelmächte. Größtenteils lehnt die Presse eine solche natürlich mit der Begründung ab, daß es sich dabei nur um eine Falle handeln könne, die Deutschland der Entente stelle, um sie zu verwirren. Nur einige unabhängige und sozialistische Blätter nehmen einen anderen Standpunkt ein. „Journal du Peuple" meint, man müsse doch endlich einsehen, daß auch die Diplomaten im Kriege eine Rolle zu spielen hätten. — Der „Eclaire" erklärt, es sei ganz falsch, wenn man sich gegen die offiziellen Unterhändler wehre. Ohne solche komme man nicht zum Frieden. Wenn man darauf warten wolle, daß Deutschland einen Botschafter mit genauen Bedingungen schicke, könne der Krieg noch 100 Jahre dauern. Es wäre vielleicht besser, die Aufrichtigkeit eines Angebotes nicht sofort anzuzweifeln, sondern sich zunächst über den Boden zu verständigen, auf dem eine Vorbesprechung angebahnt werden könne. Leider sei dies viel schwieriger als Krieg führen.

WTB. **London,** 7. Mai. (Nicht amtlich.) Unterhaus. Auf eine Anfrage Snowdens sagte Balfour: Lord Robert Cecil habe eine Erklärung abgegeben, aber er, Balfour, könne

Baden.

Die Besteuerung der Teuerungszulagen.

Die Budgetkommission der Zweiten Kammer behandelte in ihrer gestrigen Sitzung den von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Antrag, noch diesem Landtage einen Gesetzentwurf vorzutragen, wonach die den Arbeitern und Beamten des Staates, der Gemeinden und der Privatindustrie gewährten Teuerungszulagen bei der Berechnung des steuerbaren Einkommens steuerfrei bleiben. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien erklärten, nicht für den Antrag stimmen zu können. Ihre Haltung begründeten sie damit, daß es undurchführbar sei, einen Unterschied zwischen Staatsbeamten und Staatsarbeitern und Angestellten und Arbeitern der Privatindustrie zu machen. Zu dieser unterschiedlichen Behandlung würde es führen, weil es nicht möglich sei, bei den Arbeitern und Beamten, die in privaten Betrieben beschäftigt sind, festzustellen, was Einkommen und was Zulagen und Teuerungsbeihilfen sind. Angenommen wurde lediglich ein Antrag, der besagt, daß die Kriegsbeihilfen und Teuerungszulagen, soweit sie als Kinderzulagen gegeben werden, steuerfrei bleiben sollen. Durch Annahme dieses Antrages wurde der sozialdemokratische Antrag für erledigt erklärt.

Und nochmals das Fortbildungsschulgesetz.

Die „Badische Landeszeitung" kann sich immer noch nicht beruhigen. Unsere kürzlichen Ausführungen über die zwiespältige und inkonsequente Haltung der nationalliberalen Landtagsfraktion zur Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts in der Fortbildungsschule sind dem Blatt so schwer auf die Nerven gegangen, daß es nun nochmals wild tobend über uns herfällt. Wir hatten in unserem Artikel das Verhalten der Nationalliberalen im Landtag beim richtigen Namen genannt und da die „Badische Landeszeitung" gegenüber unserer Kritik nichts Sachliches zu bringen weiß, so greift sie nach ihrer üblichen Methode und zetert in altgewohnter Hochnäsigkeit über unseren „Ton". Unsere wahrheitsgemäße Schilderung der zweideutigen und reaktionären Haltung der nationalliberalen Landtagsfraktion nennt das Blatt „wildes Geschrei", es wirft uns Demagogie vor, weil wir mit keinem Worte die großen und bedeutsamen Fortschritte, die das Gesetz bringe, erwähnt hätten; und zuletzt ruft das Blatt nach dem Gendarm; es möchte uns mundtot machen, indem es die sozialdemokratische Fraktion auffordert, „hier nach dem Rechten zu sehen". Das nationalliberale Gewissen muß doch sehr schlecht und schwer beladen sein, weil nun mit aller Gewalt verhindert werden soll, daß das Verhalten der nationalliberalen Fraktion zum Fortbildungsschulgesetz in der Oeffentlichkeit weiterhin nach Gebühr gekennzeichnet wird. Das liberale Blatt irrt aber, wenn es glaubt, es könne nun auf dem Wege der Mundtotmachung sich die unbequeme Kritik vom Halse schaffen; Maulkörbe findet man nur mehr auf liberalen Redaktionen. Die „Badische Landeszeitung" wird also mit diesem demagogischen Kniff nichts erreichen; er steht so niedrig wie die Behauptung, wir hätten mit keinem Wort die bedeutsamen und großen Fortschritte, die das Gesetz bringt, erwähnt, wobei wir wörtlich geschrieben haben: „Das Gesetz bedeutet zweifellos gegenüber dem bisherigen Zustand einen großen Fortschritt". Das Blatt hat also allen Grund, sich aufs hohe Roß zu setzen und den Anständigen zu spielen! — —

Um auf das Sachliche in dem Artikel der „Bad. Landeszeitung" zu kommen, so wird darin wiederum versucht, unsere Fraktion zu einer Aenderung ihrer Haltung gegenüber dem Fortbildungsschulgesetz zu bestimmen. Das Blatt scheut sich wiederum nicht, unseren verstorbenen Kollegen Kolb mit in die Debatte zu ziehen, es versucht einen Widerspruch zu konstruieren zwischen unserer Haltung gegenüber dem Fortbildungsschulgesetz und den Anschauungen unseres Genossen Kolb über die Mitarbeit und Uebernahme der Verantwortung an den Dingen des Staates. Die „Bad. Landesztg." bemüht sich aber vergeblich, denn Genosse Kolb, dessen Anschauungen wir nach wie vor voll und ganz teilen, hat so wenig wie wir und wie unsere Landtagsfraktion die Uebernahme einer Verantwortung etwa so aufgefaßt, daß die Sozialdemokratie nun etwa auch verpflichtet sei, alle Dummheiten und reaktionären Taten der anderen Parteien mitzumachen. Das könnte ja allerdings den Nationalliberalen so passen, sie wurstein drauf los, mal rechts, mal links, mal links, mal rechts, verschandeln die an sich ganz guten Gesetze nach Herzenslust, — und den Sozialdemokraten überlassen sie dann die hohe Ehre, diese „liberale" Politik mitverantworten zu dürfen. So war es aber mit der Verantwortung nicht gemeint! Mitarbeiten und mitverantworten, so lange es sich mit unseren sozialdemokratischen Grundsätzen vereinbaren läßt und den Interessen der Allgemeinheit und dem Wohle des Volkes dienlich ist, das war die Politik des Genossen Kolb und ist auch heute noch unser Grundsatz. Die Uebernahme von Verantwortungen an Gesetzen aber, die trotz ihres guten Grundcharakters, durch reaktionäre Zusätze und Bestimmungen in das Gegenteil ihres ursprünglichen Zwecks umgewandelt werden, müssen wir ablehnen, ob es sich nun etwa um ein gleiches Wahlrecht in Preußen oder um ein Fortbildungsschulgesetz in Baden handelt. Und dieser Fall der Ablehnung der Verantwortung kann eintreten, wenn die Nationalliberalen auf ihrem Beschluß bestehen bleiben, den obligatorischen Religionsunterricht in der Fortbildungsschule einzuführen. Wir halten diese Umgestaltung des Gesetzes für einen derartigen Rückschritt, daß wir den Entschluß unserer Fraktion, gegebenenfalls dem Gesetze die Zustimmung zu versagen, nur begrüßen könnten. Die nationalliberalen und zentrümlichen Herrschaften sollen dann ihr Werk vor dem Lande allein vertreten. Dies edle Brüderpaar im innigen Bunde vereint zu sehen, ist dem Lande ohnedies schon lange versagt geblieben.

Die Luxussteuer. Die unter Leitung der Pforzheimer Handelskammer stehende Arbeitsgemeinschaft der in den Handelskammerbezirken Pforzheim, Hanau, Heidenheim und Idar-Oberstein ansässige Edelmetallindustrie hat wegen der Luxussteuer an den Reichstag eine Eingabe gemacht, in welcher verschiedene Abänderungsvorschläge dargelegt sind. Wie aus Verhandlungen des Haushaltsausschusses der Zweiten Kammer verlautet, ist man auch dort in eine Aussprache über die in Aussicht stehende Luxussteuer eingetreten. Es wurde dabei u. a. mitgeteilt, daß die Pforzheimer Industrie, die von der Einführung der Steuer in ihrer vorgesehenen Fassung sehr schwere Schädigungen befürchtet, darüber Beschwerde führe, bei der Ausarbeitung des Entwurfs nicht gehört worden zu sein. Der Vertreter der Regierung erklärte, diese habe alles getan, um eine Schädigung der Pforzheimer Industrie zu vermeiden; sie habe den Gesetzentwurf allerdings sehr spät erst erhalten.

Steuerhinterziehungen. Die „Konstanzer Nachrichten" hatten in der vergangenen Woche über erhebliche Steuerhinterziehungen der Firma Stromeyer in Konstanz zu berichten gewußt. Die Mitteilungen des genannten Blattes waren daraufhin insofern dementiert worden, als die mitgeteilten Zahlen nicht ganz richtig waren. Daß es jedoch mit der Steuerhinterziehung an und für sich seine Richtigkeit hat, geht auch schon daraus hervor, daß sich der Haushaltsausschuß der Zweiten Kammer mit der Angelegenheit befaßte. Nach einer Mitteilung des Finanzministers befindet sich die Sache in der Beschwerdeinstanz.

---

x. **Bulach,** 6. Mai. Die am letzten Sonntag von unserer freien Turnerschaft abgehaltene Frühlingsfeier hatte sich eines außerordentlich guten Besuches zu erfreuen. Schon um ½8 Uhr war der Saal dicht gefüllt. Nach einem einleitenden Klaviervortrag folgte ein stimmungsvoll und sauber vorgetragenes Frühlingslied des Arbeitergesangvereins „Freundschaft", worauf der erste Vorsitzende die Anwesenden mit herzlichen Worten begrüßte; er wies darauf hin, daß, wenn auch die Zeit und Verhältnisse nicht geeignet sind, Feste zu feiern, so doch die Jugend das dringende Bedürfnis hat, der Oeffentlichkeit ihr Können zu zeigen und zu beweisen, daß es das einzige Ziel und Streben des Vereins ist, die Jugend frisch und gesund zu erhalten und zu brauchbaren Menschen heranzubilden. Auch gedachte er mit herzlichen Worten der noch im Felde stehenden und während dieses Krieges gefallenen und verstorbenen Mitglieder. Zum Schlusse forderte er die Anwesenden auf, für die erlittenen Verluste Ersatz zu schaffen, indem die Eltern ihre Kinder zum Turnen schicken. Die Ansprache wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Es folgte dann die flotte Abwicklung des weiteren Programms. Besonders hervorzuheben ist hierbei der von dem Mädchen Angela Scheibel sehr hübsch vorgetragene Festprolog und ein Gedicht. Die Reigen und Freiübungen der Knaben, Mädchen, Zöglinge und Turner wurden sauber und exakt ausgeführt, man erhielt hierbei einen Einblick in die Arbeit der beiden Turnwarte Emil Diebold und Stefan Zöller, denen man für das Gebotene nur vollste Anerkennung zollen kann. Der heitere Teil der Darbietungen brachte zwei schön gelungene Theaterstücke und eine Pantomime, die die Lachmuskeln aller anstrengte. Sehr verschönt wurde das Fest durch die prächtig vorgetragenen Lieder des Arbeitergesangvereins. Den Schluß bildeten die von sämtlichen Turnern gestellten Pyramiden. Alles in allem: der Verein kann auf eine wohlgelungene Feit zurückblicken, das ihm sicher viele neue Freunde und Anhänger gewonnen hat.

Schützt Saat und Ernte 1918! Wer bei der Landung eines Flugzeuges auf oder in der Nähe von bestellten Feldern durch deren Betreten Flurschaden verursacht, gefährdet die für die Volksernährung erforderliche Bereitstellung von Brotgetreide und schädigt das Vaterland. Die Besitzer von Feldern, deren Vertreter, sowie Wach- und Absperrkommandos sind in solchen Fällen berechtigt und verpflichtet, die Namen der Betreffenden festzustellen und sie zwecks Schadenersatz oder Bestrafung zu melden.

Fahrpreisermäßigung für Feldarbeiter. Zur Förderung der Frühjahrsbestellung und der Erntearbeiten wird, wie in der „Karlsruher Zeitung" halbamtlich mitgeteilt wird, Arbeitern, denen zur Frühjahrsbestellung und zur Einbringung der Ernte eine auswärtige Arbeitsstelle durch einen der dem Verbande deutscher Arbeitsnachweise angehörenden öffentlichen oder gemeinnützigen Arbeitsnachweise, einen Arbeitsnachweis der Landwirtschaftskammern oder der deutschen Arbeiterzentrale in Berlin vermittelt worden ist, die einmalige Fahrt nach der Arbeitsstelle und zurück auf den badischen Staatseisenbahnen während der Zeit bis zum 15. Dezember 1918 in der 4. Wagenklasse zum halben Fahrpreis dieser Klasse gewährt. Die Fahrkarten zum halben Preise werden von den Fahrkartenausgabestellen gegen Vorlage eines von den vorbezeichneten Arbeitsnachweisen für die Hin- und für die Rückfahrt je besonders auszustellenden Ausweises verabfolgt. Als Ausweise dienen die Vordrucke zur Erlangung der tarifmäßigen Fahrpreisermäßigung zum Zwecke der Arbeitsvermittlung nach Abänderung der Worte „zum Zwecke der Arbeitsvermittlung" in „für Frühjahrsbestell- und Erntearbeiter". Die gleiche Vergünstigung wird auf den preußisch-hessischen Staatsbahnen und den Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen gewährt.

Oeffnung der Ravennaschlucht. Die wohl den meisten Besuchern des südlichen Schwarzwalds bekannte Ravennaschlucht im Höllental war von dem früheren Besitzer des Gasthauses zum „Sternen", Faller in Hölltieig, seit 1913 insofern gesperrt worden, als für den Zutritt durch einen Automaten zehn Pfennige für die Person erhoben wurden. Dem Schwarzwaldverein konnte die Sperrung dieser sehenswerten, vielbesuchten Schlucht nicht gleichgültig sein. Er beauftragte daher, wie er in seinem soeben veröffentlichten Jahresbericht für 1917 mitteilt, die Ortsgruppe Freiburg, mit dem Besitzer wegen Aufhebung der Sperre zu verhandeln. Diese Bemühungen hatten jedoch keinen Erfolg. Nach dem raschen Tode des Besitzers hoffte man, mit der Witwe Fallers eher zum Ziel zu gelangen, doch auch diese Verhandlungen scheiterten an den hohen Forderungen der Witwe. Der Präsident des Vereins entschloß sich nunmehr, der Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues in Karlsruhe die Angelegenheit mit dem Ersuchen um ihre Mithilfe zu unterbreiten. Ehe jedoch Beschluß darüber gefaßt war, kam von dem Forstamt Freiburg die Nachricht, daß das Großh. Domänenärar den Sternenhof gekauft habe. Durch diese glückliche Lösung wird die Ravennaschlucht vom 1. Mai ab wieder dem allgemeinen Besuche offen sein. Die Unterhaltungsarbeiten wurden der Ortsgruppe Freiburg, in deren Tätigkeitsbereich die Schlucht fällt, übertragen. — Im Anschluß hieran sei noch mitgeteilt, daß für den verstorbenen Höhenwegkommissar Philipp Bussemer Herr Julius Kaufmann in Lahr mit diesem Amt vertraut wurde.

(„Straßburger Post".)

Aus der Partei.

O. **Sozialdemokratischer Verein Ettlingen.** Am Samstag fand im Nebenzimmer der alten Brauerei Hensle eine Mitgliederversammlung statt. Vor Eingang in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende in warmen Worten unseres verstorbenen Genossen Wilhelm Kolb und forderte die Anwesenden auf, zur letzten Ehrung des verstorbenen Führers sich von ihren Sitzen zu erheben. Hierauf gab zum 1. Punkt der Tagesordnung der Vorsitzende eine „politische Rundschau". In leichtverständlicher Weise erledigte sich Redner seiner Aufgabe; seine Ausführungen wurden von den Anwesenden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die sich anschließende Diskussion war eine sehr lebhafte. Des weiteren wurde Bericht von der letzten Bürgerausschußsitzung gegeben. Der Vorsitzende gab sodann den Stand unserer Mitglieder bekannt. Abgereist sind 32, im Felde stehen 28, gefallen sind 8, verstorben 2, in Gefangenschaft 2. Der Mit-

Der beleidigte tote Karl May.

Der Weltkrieg ist ein Ereignis und wohl ein Ereignis, das nicht nur das Empfinden und Denken, sondern auch die Phantasie mit ihren Wünschen in einen anderen Bereich gerückt hat. Die Jugend spielt jetzt ausschließlich Krieg und nicht mehr Indianer und Rauhreiter. Und überhaupt ist das Land Sioux und Wildwest, in dessen Räuberromantik die Phantasie Karl Mays auf Flügeln unbegrenzter Möglichkeiten verreiste, nun unser Feind und deshalb schon das „Werk" dieses Dichters womöglich der Vergessenheit anheimgegeben. Dem mußte vorgebeugt werden. Und so nahm der May-Verlag die erste sich ihm günstige Gelegenheit wahr, um Karl May der Nachwelt ins Gedächtnis zurückzurufen.

Diese Gelegenheit wurde geboten durch einen Aufsatz in den Spalten des Bibliographen Jahrbuchs. Professor Kleinberg, der Verfasser des Nekrologes, hatte auf Grund vorher sorgsam geprüfter Selbstbekenntnisse des „Dichters" Karl May und der Beweisaufnahmen von Cardauns, Veremundus-Muth, Paul Schumann, den Charlottenburger May-Lebius-Prozeß, sowie der Urteile von Avenarius und der großen deutschen Presse eine geschichtliche Abschätzung dieses „Jugendschriftstellers" gegeben, die natürlich keine Reklame für den geschäftlichen Teil der Hinterlassenschaft bilden konnte, obwohl natürlich eine Kritik an solchem Orte die Verehrer des Meisters nicht zu erreichen vermag. Darauf schrieb der Inhaber des Karl May-Verlages, ein Herr Euchar. Schmid (Ps. Satanello) an den Inhaber des Verlages Georg Reimer und drohte mit Klagestellung wegen Verunglimpfung des toten Karl May, wenn nicht sogleich der Nekrolog zurückgezogen werde. Der Inhaber des Verlages streckte sofort die Waffen und verlangte von dem Herausgeber des Werkes, Prof. Dr. Bettelheim in Wien, eine Abänderung des Aufsatzes, die dieser und der Autor gleichmäßig und entschieden ablehnten. Eine Erklärung Dr. Bettelheims an den May-Verlag gab der Verleger garnicht weiter und nach einem nochmaligen Versuch, eine Abänderung zu erzielen, da er sonst vor dem Richter etwas zu rechtfertigen haben werde, was er nicht in jedem Punkte gutgeheißen habe, veranlaßte er ohne Mitwissen des Herausgebers die weitere Auslieferung des Bandes. Uebrigens hätte der Verlag von einer Klage durchaus nichts zu fürchten gehabt, da ja in einem derartigen Falle bisher nie eine Verurteilung erfolgt ist.

Daraufhin legte Dr. Bettelheim seine Stellung als Herausgeber nieder und Prof. Kleinberg zog seinen Aufsatz mit der Bemerkung zurück: „Der May-Verlag kann sich jedenfalls Glück wünschen, daß es ihm gelang, mit Mitteln die im wissenschaftlichen Betrieb nicht eben üblich sind, einen ihm nicht genehmen Aufsatz zu unterdrücken."

Das Ungeheuerlichste an der Sache ist aber wohl die Tatsache, daß Prof. Bettelheim in seinem diesen Fall vor die Oeffentlichkeit tragenden „offenen Brief" vorlegt. Der May-Verlag in der Person des Herrn Schmid hatte nämlich die Stirne, an Prof. Bettelheim ein Schreiben zu richten in welchem er — nicht im stolzen Bewußtsein erhabenen Rechtes — diesen flehentlichst bat seinen Standpunkt zu verlassen und fügte dem Schreiben eine Briefwechselkopie bei, die einen grauenhaften Einblick in das Gebahren eines Verlagsunternehmens gibt, das stark von der Moral Karl Mayscher Kreaturen beeinflußt scheint. Am nacktesten enthüllt sich der Charakter des May-Verlages-Inhaber in einem Brief an den Inhaber des Georg Reimer-Verlages, in dem er den Kriegsplan des Verlages gegen den Prof. Dr. Kleinberg darlegt. Es war nämlich mit der schmählichen Kapitulation des Reimer-Verlages offenbar noch nicht der Rachedurst des Häuptlings gestillt. Und so sollte wegen der jetzt umständlichen Tatsache, daß Prof. Kleinberg Oesterreicher ist, der Verfasser unter Verständigung seiner vorgesetzten Behörde derart beleidigt werden, daß er einer Klagestellung nicht entgehen und so der Prozeß nach Deutschland herübergezogen werden könne.

Der am Ende doch aus naheliegenden Gründen begnügsame Sieger Dr. Schmid glaubte damit die Sache zum vorläufigen Abschluß gebracht zu haben, eine Absicht, die Professor Bettelheim durch seinen offenen Brief allerdings vereitelt hat. Jedenfalls ist durch ihn erreicht, daß man auch die Sachwalter des geistigen Brunnenvergiftens und ihr gemeingefährliches Treiben gegen das Bestreben ehrlicher Männer, einen Schandfleck in der deutschen Literatur zu dokumentieren, mit Erpressermethoden zu hintertreiben, genügend kennt.

Im Uebrigen wer vermöchte den toten Karl May zu verunglimpfen, nachdem er in seiner Selbstbiographie „Mein Leben und Streben" vernichtender als jeder außenstehende Kritiker die Veranlassung seiner Zuchthausstrafen, seine Lohnschreiberei für einen berüchtigten Kolportageverlag, seiner endlosen Skandalprozesse mit Inbegriff seiner Ehescheidung zur Sprache bringt, wenn er schreibt: „Indem ich nun von diesem Abgrund zu sprechen beginne, betrete ich diejenigen Gegenden meiner sogenannten Jugend, in welchen die Sümpfe lagen und heute noch liegen, durch welche mein Leben mir zu einer ununterbrochenen endlosen Qual geworden ist. Dieser Abgrund heißt, damit ich ihn gleich beim richtigen Namen nenne: Lektüre!" . . .

Aus aller Welt.

Eine kühne Fliegerleistung. Aus Basel wird dem „Berliner Lokalanzeiger" berichtet: Der in Thun stationierte Militärflieger Schädler überflog den Gipfel der Jungfrau in einer Höhe von 800 Metern über der Bergspitze. Er führte in seinem Doppeldecker den Flugzeugkonstrukteur Hösli als Begleiter mit. Zu diesem Aufflug brauchte er eine Stunde und 10 Minuten. Die Jungfraugipfe ist damit zum viertenmal überflogen worden.